

Eine Orientierungshilfe für Diskussionen mit den Kandidatinnen und Kandidaten der verschiedenen Parteien

„Europäisches Parlament als soziales Korrektiv“ – Wahlprüfsteine des SoVD zur Europawahl

Am 7. Juni 2009 findet die Europawahl statt. In Deutschland sind mehr als 64 Mio. Wahlberechtigte aufgerufen, das Europäische Parlament in Straßburg zu wählen. Die Europawahl ist auch ein wichtiger Termin für die Sozialpolitik, denn die EU nimmt immer mehr Einfluss auf die Sozialgesetzgebung der Mitgliedsländer.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise führt deutlich vor Augen, dass die Politik der Deregulierung und Marktliberalisierung gescheitert ist. Auch die EU muss hieraus Konsequenzen ziehen: Die strategischen Ziele und die Gesetzgebung der EU müssen sich stärker an der Verwirklichung eines sozialen Europas ausrichten.

Dem Europäischen Parlament kommt hierbei eine bedeutende Rolle zu. Als einzige direkt gewählte Vertretung der Unionsbürgerinnen und -bürger muss es in der EU-Politik künftig stärker als soziales Korrektiv wirken und der vorrangig wettbewerbsorientierten EU-Politik klare Grenzen aufzeigen.

Um unseren Mitgliedern eine Orientierungshilfe für Diskussionen mit den Kandidatinnen und Kandidaten zur Europawahl zu geben, haben wir die folgenden Wahlprüfsteine erarbeitet:

Für einen europäischen Sozialraum

Der SoVD setzt sich dafür ein, dass die Wirtschafts- und Währungs-gemeinschaft in einen europäischen Sozialraum eingebunden wird. Wettbewerb und freie Märkte dürfen nicht vorrangiger Maßstab der Europapolitik sein, sondern müssen dem Ziel der sozialen Sicherheit der Menschen dienen.

Machen Sie sich mit uns dafür stark, dass Europa vorrangig der sozialen Sicherheit der Menschen verpflichtet sein muss und die wirtschaftlichen Grundfreiheiten nicht länger zur Aushebelung von sozialen Rechten in den Mitgliedstaaten benutzt werden dürfen? Treten auch Sie für den Vorrang sozialer Grund-

rechte vor den Binnenmarktfreiheiten ein? Sind Sie wie wir dafür, dass soziale Mindeststandards auf europäischer Ebene bestehende Sozialstandards nicht verschlechtern dürfen?

Beschäftigungspolitik: Schutz vor Lohndumping

Die EU hat sich im Rahmen der Lissabon-Strategie zum Ziel gesetzt, bis 2010 mehr und bessere Arbeitsplätze und einen größeren sozialen Zusammenhalt zu schaffen. Vor allem mit der Finanz- und Wirtschaftskrise droht die Verwirklichung dieser Ziele in weite Ferne zu geraten.

Setzen Sie sich mit uns dafür ein, dass der Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor Lohndumping und prekärer Beschäftigung weiter verbessert werden muss? Werden Sie sich für die Verankerung von gesetzlichen Mindestlöhnen in den Mitgliedstaaten stark machen? Sind Sie ebenfalls der Auffassung, dass die Gleichstellung von Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmern mit dem Stammpersonal weiter vorangetrieben werden muss?

Antidiskriminierungspolitik: Schutzlücken schließen

Der SoVD engagiert sich für die Belange von älteren Menschen, von Menschen mit Behinderungen sowie von Frauen. Er unterstützt daher alle Anstrengungen, auf europäischer Ebene ein einheitliches, hohes Schutzniveau gegen Diskriminierungen zu schaffen.

Sind Sie mit uns der Auffassung, dass es ein Gefälle beim Antidiskriminierungsschutz zwischen den EU-Mitgliedstaaten nicht geben darf und bislang bestehende Schutzlücken im europäischen Recht geschlossen werden müssen? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass eine diesen Zielsetzungen Rechnung tragende Antidiskriminierungsrichtlinie, wie sie von der Kommission im Juli 2008 vorgelegt und vom Europäischen Parlament am 2. April

2009 gebilligt wurde, nunmehr zum Abschluss gebracht und zeitnah in Kraft gesetzt wird?

Politik für Menschen mit Behinderungen

Mehr als 50 Mio. Bürgerinnen und Bürger in der EU leben mit einer Behinderung. Der SoVD setzt sich für ihre Belange ein. Daher begrüßt der SoVD die Absicht der Europäischen Union, die UN-Behindertenrechtskonvention nicht allein durch die Mitgliedsstaaten, sondern auch durch die EU selbst zu ratifizieren und umzusetzen.

Welche Bedeutung messen Sie den Inhalten und Zielsetzungen der UN-Behindertenrechtskonvention bei? Welche Bedeutung kommt Ihrer Ansicht nach dem Leitgedanken der Konvention – der Inklusion – zu? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Ratifikation der UN-Behindertenrechtskonvention durch die Europäische Gemeinschaft zeitnah erfolgt? Welche Schritte zur Umsetzung der Konvention durch die EU sind Ihrer Ansicht nach erforderlich und geboten? Wie sollte die Umsetzung der Konvention auf der europäischen Ebene koordiniert und institutionell begleitet werden? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Betroffenen und ihre Verbände in diesen Prozess eingebunden werden? In welcher Form sollte Ihrer Ansicht nach die Verbände-beteiligung erfolgen?

Der SoVD unterstützt Anstrengungen der Europäischen Union, die Rechte behinderter Menschen zu stärken und ihre selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft voranzubringen. Daher unterstützt der SoVD Vorschläge der Kommission zur Stärkung der Barrierefreiheit und der Rechte behinderter Reisender im Bereich der See- und Binnenschifffahrt sowie im Kraftomnibusverkehr.

Unterstützen Sie die benannten Vorschläge ebenfalls? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Verordnungsvorschläge weiterverfolgt werden und zeitnah in Kraft treten

können? Welche weiteren Maßnahmen auf europäischer Ebene zur Herstellung von Barrierefreiheit und zur Stärkung der Rechte behinderter Menschen werden Sie forcieren und unterstützen?

Armut und soziale Ausgrenzung

Auf Initiative des Europäischen Parlaments und des Rates wurde das Jahr 2010 zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgerufen.

Wie kann das Europäische Jahr 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung Ihrer Auffassung nach dazu beitragen, die Situation der Betroffenen tatsächlich zu verbessern? Welchen Stellenwert wird die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung bei Ihrer künftigen Arbeit haben? Sind Sie wie wir der Auffassung, dass die existenzsichernden Leistungen der Mindestsicherungssysteme bedarfsgerecht bemessen sein und den individuellen Lebenslagen der von Armut Betroffenen bzw. Bedrohten so weit wie möglich Rechnung tragen müssen?

Weitere Ausgestaltung der Alterssicherungspolitik

Im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedsstaaten verfügt die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland über ein hohes Sicherungsniveau. Obwohl die Mitgliedstaaten für die Ausgestaltung ihrer Alterssicherungssysteme allein zuständig sind, wird die Rentenpolitik in immer stärkerem Maße durch politische Instrumente der EU, wie zum Beispiel die Offene Methode der Koordinierung (OMK), beeinflusst.

Treten Sie mit uns dafür ein, dass der zunehmende Anpassungsdruck aus Europa nicht zu weiteren Verlusten beim Sicherungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung führen darf?

Im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern sind Selbstständige in Deutschland nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert. Sie unterliegen

hierdurch einem erhöhten Risiko der Altersarmut. Sind Sie mit uns der Auffassung, dass auch die hohe Mobilität der Erwerbstätigen in der EU die Einbeziehung der Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung (Erwerbstätigenversicherung) erforderlich macht?

Gesundheits- und Pflegepolitik

Der SoVD setzt sich für eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung ein, die allen Menschen zur Verfügung steht. Auch die Sicherstellung einer hochwertigen und würdevollen Pflege ist ein zentrales Anliegen des SoVD.

Wie beurteilen Sie die Vorschläge der Kommission zur Verbesserung des Zugangs zu Gesundheits- und Pflegeleistungen bei grenzüberschreitenden Sachverhalten? Welche konkreten Maßnahmen sollte die EU Ihrer Ansicht nach treffen, um hohe, europaweit vergleichbare Qualitätsstandards bei der Versorgung mit gesundheitlichen und pflegerischen Dienstleistungen zu erreichen?

Chancengleichheit von Frauen

Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern ist in Deutschland deutlich höher als im EU-Durchschnitt. Deutschland liegt damit auf dem siebten Platz. Der SoVD fordert die Politik, die Arbeitgeber und die Gewerkschaften auf, konkrete Maßnahmen gegen die ungleiche Bezahlung zu ergreifen. Wir fordern Arbeitgeber auf, Lohnstrukturen zu überprüfen und die Benachteiligung von Frauen zu korrigieren. Wir fordern die Bundesländer auf, durch einen flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern.

Unterstützen Sie unsere Forderungen zum Thema Lohnungleichheit von Frauen in Europa? Welche konkreten Handlungsmöglichkeiten sehen Sie und welche Anstrengungen verfolgt Ihre Partei zur Verbesserung der Situation?

Wir haben geholfen

Erwerbsminderungsrente erstritten

Obwohl Frau G. schwer erkrankt ist, lehnte die Deutsche Rentenversicherungsanstalt ihren Rentenanspruch ab. Die Sozialberatungsstelle in Hamm-Unna (Landesverband Nordrhein-Westfalen) stand Frau G. zur Seite und erreichte die Zahlung einer befristeten Erwerbsminderungsrente. Des Weiteren setzte sich der SoVD für die volle Anerkennung der Schwerbehinderteneigenschaft von Frau G. ein. „Wir bedanken uns herzlich für Ihren Einsatz und werden auch weiterhin auf den kompetenten Rat der SoVD-Sozialberatung vertrauen“, schrieb Frau G. nach Abschluss des erfolgreichen Verfahrens an die Bezirks-geschäftsstelle.

Frau G. ist mehrfach schwer chronisch erkrankt. Sie leidet an Brustkrebs, Diabetes, Polyneuropathie (Nervenerkrankungen, verursacht durch die Chemotherapie), Übergewicht und depressiver Verstim-mung aufgrund der Krebserkran-

kung sowie an einer Schädigung der Wirbelsäule. Da sie aufgrund dieser Erkrankungen nicht mehr erwerbsfähig ist, beantragte sie bei der Deutschen Rentenversicherung eine Erwerbsminderungsrente. Dies lehnte die Rentenversicherungsanstalt ab und stellte fest, dass „Frau G. weder teilweise noch voll erwerbsgemindert ist“.

Gegen diesen Bescheid legte Frau G. Widerspruch ein und wandte sich an die Sozialberatungsstelle in Hamm-Unna. Mithilfe verschiedener medizinischer Gutachten begründete der SoVD den Widerspruch von Frau G. in einem Schreiben an die Rentenversicherungsanstalt.

Parallel zum Rentenverfahren wandte sich der SoVD an den Kreis Unna, der für die Feststellung des Schwerbehindertengrades von Frau G. zuständig ist. In einem Änderungsantrag beantragte der SoVD die Feststellung eines Behinderungsgrades von mehr als 80 Prozent

sowie die Anerkennung des Nachteilsausgleichs „G“ für ihre Mobilitätsbeeinträchtigung. Und dies hatte Erfolg: Der Kreis erkannte einen Gesamtgrad der Behinderung von 100 Prozent an.

Der SoVD teilte daraufhin der Deutschen Rentenversicherungsanstalt die Verschlechterung des Gesundheitszustandes von Frau G. mit. Das überzeugte: Die Rentenversicherungsanstalt teilte mit, dass sie rückwirkend die volle Erwerbsminderung von Frau G. anerkennt und die Erwerbsminderungsrente befristet zahlt. Denn eine Besserung des Gesundheitszustandes von Frau G. ist nicht ausgeschlossen. Mit dem Bescheid sind sowohl Frau G. als auch der SoVD zufrieden. „Wir freuen uns für Frau G., dass ihr durch unser Engagement ein langwieriges, jahrelanges Verfahren erspart geblieben ist. Gerne begleiten wir sie auch weiterhin“, sagte Bezirks-geschäftsführer Holger Friedberg.

Anzeige

Durchdachte Vorsorge bewahrt Chancen

Harmonie.



Harmonie ist Ihnen wichtig. Denn Sie streiten sich ungern. Doch auch ohne eigenes Zutun können Sie in einen Rechtsstreit verwickelt werden, egal wie vorsichtig und sorgsam Sie sind. Dann hilft oft nur noch der Weg zum Anwalt - und der kostet Zeit, Geld und Nerven. Sorgen Sie deshalb vor.

Der Spezial-Rechtsschutz der Hamburg-Mannheimer bietet Ihnen als SoVD-Mitglied besonderen Versicherungsschutz zu äußerst günstigen Konditionen:

Rechtsschutz

- im Privat- und/oder Verkehrsbereich
- wahlweise mit Immobilien-Rechtsschutz
- inklusive anwaltlicher telefonischer Erstberatung in Vorsorgefällen aus versicherten Lebensbereichen - damit Sie stets gut beraten sind!

Besondere Leistungserweiterungen:

- Rechtsschutz für Betreuungsverfahren - bei Streitigkeiten um eine Heimunterbringung.
- Beratungs-Rechtsschutz für Vorsorgeverfügungen - damit Sie schon jetzt für den Fall Ihrer Entscheidungsunfähigkeit umfassend Vorsorge treffen können.

Wir informieren Sie gern:

Sozialverband Deutschland e.V.
Abt. Versicherungen
Stralauer Str. 63, 10179 Berlin
Telefon: 030/ 72 62 22-0

www.ovg.hamburg-mannheimer.de

Ein Unternehmen der ERGO Versicherungsgruppe.

KAISERLICH VERSICHERT.

HAMBURG
MANNHEIMER